

Sammelrez: Immediatzeitungsberichte der Potsdamer Regierungspräsidenten

Stöber, Rudolf; Umscheid, Florian Paul: *Politische Interessenkommunikation in der Modernisierung. Das Beispiel des Regierungsbezirks Potsdam (1867–1914)*. Bremen: Edition Lumière 2018. ISBN: 978-3-943245-82-0; 475 S.

Hoppe, Albrecht; Neitmann, Klaus; Stöber, Rudolf (Hrsg.): *Die Immediatzeitungsberichte der Potsdamer Regierungspräsidenten 1867–1914. Eine kommentierte Edition in 4 Bänden. Band 1: 1867–1884*. Bremen: Edition Lumière 2020. ISBN: 978-3-943245-83-7; 1.042 S.

Hoppe, Albrecht; Neitmann, Klaus; Stöber, Rudolf (Hrsg.): *Die Immediatzeitungsberichte der Potsdamer Regierungspräsidenten 1867–1914. Eine kommentierte Edition in 4 Bänden. Band 2: 1885–1899*. Bremen: Edition Lumière 2020. ISBN: 978-3-943245-84-4; 1.068 S.

Hoppe, Albrecht; Neitmann, Klaus; Stöber, Rudolf (Hrsg.): *Die Immediatzeitungsberichte der Potsdamer Regierungspräsidenten 1867–1914. Eine kommentierte Edition in 4 Bänden. Band 3: 1900–1914*. Bremen: Edition Lumière 2020. ISBN: 978-3-943245-85-1; 906 S.

Hoppe, Albrecht; Neitmann, Klaus; Stöber, Rudolf (Hrsg.): *Die Immediatzeitungsberichte der Potsdamer Regierungspräsidenten 1867–1914. Eine kommentierte Edition in 4 Bänden. Band 4: Registerband*. Bremen: Edition Lumière 2020. ISBN: 978-3-943245-86-8; 700 S.

Rezensiert von: Lennart Bohnenkamp, Institut für Geschichtswissenschaft, Technische Universität Braunschweig

Wenn es stimmt, was Reinhart Koselleck sagt, dass die Neuzeit die Epoche der „Beschleunigung“ ist, dann ist das lange 19. Jahrhundert so etwas wie eine schwere Dampflokomotive, die unter steigendem Kesseldruck immer kräftiger in Fahrt kommt. Die Beschleunigung war im Laufe des 19. Jahrhunderts in allen Lebensbereichen spürbar: Die Bevölkerung wuchs immer schneller, die Verkehrsgeschwindigkeit wurde immer höher, die Kommunikationswege wurden immer kürzer, die wissenschaftlichen Erkenntnisse überholten

sich immer schneller und auch die politischen Krisen jagten einander in immer dichteren Abständen.¹

Wer einmal jenseits solcher theoretischen Überlegungen empirisch überprüfen möchte, wie rasant sich das Leben einer ganzen Region im Laufe des 19. Jahrhunderts beschleunigte, der sollte einen Blick in die von Albrecht Hoppe, Klaus Neitmann und Rudolf Stöber herausgegebenen „Immediatzeitungsberichte der Potsdamer Regierungspräsidenten 1867–1914“ werfen.

Doch was sind „Immediatzeitungsberichte“ überhaupt? Der Begriff „Zeitungsbericht“ stammt – wie die Herausgeber in ihrer sehr reflektierten Einführung erläutern (Band 1, S. XVII–CXI) – aus der preußischen Staatsverwaltung des 18. Jahrhunderts und hat nichts mit Zeitungen im journalistischen Sinne zu tun. Eine „Zeitung“ war im damaligen Sprachgebrauch die „Nachricht von einer Begebenheit“. Die „Zeitungsberichte“ waren sozusagen „Nachrichtenberichte“ – heute würden wir sagen: Lageberichte – und wurden seit den Stein-Hardenberg’schen Reformen auf allen drei Ebenen der Staatsverwaltung verfasst: Auf der untersten Verwaltungsebene berichteten die Landräte über die Lage in ihren Kreisen, auf der mittleren Verwaltungsebene berichteten die Regierungspräsidenten über die Lage in ihren Regierungsbezirken, auf der höchsten Verwaltungsebene berichteten die Oberpräsidenten über die Lage in ihren Provinzen. Ein solcher „Zeitungsbericht“ war immer dann „immediat“, wenn er nicht nur den übergeordneten Verwaltungsebenen und den zuständigen Ministerien zugestellt wurde, sondern auch unmittelbar („immediat“) an den König von Preußen adressiert war.

Nun verfügen wir über das notwendige Vorwissen, um die drei strategischen Entscheidungen besser verstehen zu können, die von den Herausgebern in ihrer Edition getroffen wurden: die Auswahl der Verwaltungsebene, die Eingrenzung des Zeitraums und die Auswahl der Region.

Die Auswahl der mittleren Verwaltungs-

¹ Reinhart Koselleck, *Wie neu ist die Neuzeit?* in: ders. (Hrsg.), *Zeitschichten. Studien zur Historik*. Mit einem Beitrag von Hans-Georg Gadamer, Frankfurt am Main 2000, S. 225–239, hier S. 227–229.

ebene hat einen ganz pragmatischen Grund. Die Berichte der Regierungspräsidenten sind im Brandenburgischen Landeshauptarchiv und auch im Geheimen Staatsarchiv Preussischer Kulturbesitz nahezu vollständig erhalten geblieben. Die Berichte der Oberpräsidenten und Landräte sind dort dagegen nur lückenhaft überliefert und hätten allenfalls als Grundlage für eine Edition einzelner Jahrgänge genügt. Die Herausgeber folgen mit ihrem Schwerpunkt also dem bewährten Beispiel von Thomas Klein, der in den 1990er-Jahren die bislang einzige Edition solcher „Immediatzeitungsberichte“ für die Regierungsbezirke der Provinz Hessen-Nassau vorgelegt hat.²

Auch die Eingrenzung des Zeitraums hat wie bei Thomas Kleins Edition ihren Grund im Quellenmaterial. Das Jahr 1867 wurde nicht etwa als Beginn des Zeitraums ausgewählt, weil die Gründung des Norddeutschen Bundes eine politische Zäsur für die preußische Staatsverwaltung gewesen wäre. Es waren vielmehr der Innenminister Friedrich zu Eulenburg und der Ministerpräsident Otto von Bismarck, die im Frühjahr 1867 im Staatsministerium eine Reform der amtlichen Berichterstattung durchsetzten. Die Berichte der Regierungspräsidenten sollten fortan nicht mehr wie bisher alle zwei Monate, sondern einmal im Quartal erstattet werden. Und es wurden vier Hauptrubriken festgelegt, über die jeder zukünftige Quartalsbericht Informationen enthalten sollte: die Entwicklung der Wirtschaft, der Ausbau der Infrastruktur, die Stimmung in der Öffentlichkeit und das Militärwesen. Diese Struktur der Berichte blieb – abgesehen von einer gewissen Flexibilität bei der Aufnahme weiterer Rubriken – bis ins Jahr 1914 hinein bestehen.

Bei der Auswahl der Region setzt die Edition jedoch einen eigenen geografischen Schwerpunkt. Während Thomas Kleins Edition den gesellschaftlichen Wandel im Südwesten des Königreichs Preußen dokumentiert hat, nehmen die Herausgeber mit dem Regierungsbezirk Potsdam das Herzstück der Provinz Brandenburg wie auch des Königreichs Preußen in den Blick. In diesem Regierungsbezirk lagen die Hohenzollern-Residenz Potsdam und die Reichshauptstadt Berlin. Und auch wenn Berlin im Jahr 1881 aus dem Regierungsbezirk Potsdam ausschied und seit-

dem eine selbstständige Verwaltungseinheit bildete, blieb die Metropole auch nach 1881 noch eng mit dem Bezirk verbunden. Denn die Berliner Vororte gehörten ebenso wie das Berliner Umland weiterhin zum Regierungsbezirk Potsdam. Es sind gerade dieses Spannungsfeld von Zentrum und Peripherie und die dadurch beschleunigte Industrialisierung, Urbanisierung und Politisierung der Region, welche die Berichte der Regierungspräsidenten vom ersten bis zum letzten zu einer fesselnden Lektüre machen. Im ersten Quartalsbericht vom 29. Januar 1868 (Band 1, S. 1–8) hört man noch von wenigen Tuch- und Ziegelfabriken im Regierungsbezirk, im letzten Quartalsbericht vom 7. Mai 1914 (Band 3, S. 2.866–2.874) gibt es im Bezirk bereits eine florierende Baustoff- und Metallwarenindustrie und erste Elektrizitäts- und Wasserwerke. Im Jahr 1868 werden erstmals Bahnschienen von Neuruppin nach Berlin verlegt, im Jahr 1914 werden im Regierungsbezirk bereits Landstraßen für den Automobilverkehr gebaut. Im Jahr 1868 werden wieder einmal die konservativen Kandidaten in das preußische Abgeordnetenhaus gewählt, im Jahr 1914 haben die Sozialdemokraten bei den Abgeordnetenhauswahlen bereits ihre ersten Mandate im Regierungsbezirk Potsdam gewonnen. Kurzum: Es waren verschiedene Welten, in denen die Menschen 1868 und 1914 lebten. Als Leser der Immediatzeitungsberichte kann man förmlich dabei zuschauen, wie dynamisch sich das Leben im Regierungsbezirk Potsdam innerhalb weniger Generationen beschleunigte. Es ist gerade diese Kontinuität der Berichterstattung über fast ein halbes Jahrhundert hinweg, welche die Berichte der Regierungspräsidenten zu einer Quelle von hoher Relevanz für die Forschung macht.

Kein Wunder, dass auch Reinhart Koselleck diese Quellengattung sehr geschätzt hat. Er selbst hat die damals noch unveröffentlichten Berichte der Regierungspräsidenten für seine Habilitation über „Preußen zwischen Re-

² Thomas Klein (Hrsg.), Die Zeitungsberichte des Regierungspräsidenten in Kassel an Seine Majestät 1867–1918, 2 Bde., Darmstadt 1993 (Quellen und Forschungen zur hessischen Geschichte, Band 95); ders. (Hrsg.), Die Zeitungsberichte des Regierungspräsidenten in Wiesbaden an Seine Majestät 1867–1918, 2 Bde., Darmstadt 1996 (Quellen und Forschungen zur hessischen Geschichte, Band 106).

form und Revolution“ in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ausgiebig genutzt. Kosellecks Fazit zu ihrem Quellenwert: „So eignen sich die Quellen gleichermaßen für eine Sozialgeschichte der breiten Masse der Bevölkerung und natürlich für die Wechselwirkung zwischen beidem“.³

Und die Berichte eignen sich nicht nur für eine Verwaltungsgeschichte oder eine Sozialgeschichte, sondern genauso für eine Wirtschaftsgeschichte oder eine Umweltgeschichte, für eine Medizingeschichte oder eine Technikgeschichte, nicht zuletzt auch für eine Geschlechtergeschichte oder eine Militärgeschichte. Die Immediatzeitungsberichte haben das Zeug dazu, der Berlin-Brandenburgischen Regionalgeschichte, die sich zuletzt mehr auf die Ebene der Kreisverwaltung fokussiert hat, auch auf der Ebene der Regierungsbezirke neue Impulse zu verleihen.⁴

Es ist das Verdienst der Herausgeber Albrecht Hoppe, Klaus Neitmann und Rudolf Stöber, dass sie diese anspruchsvolle Quelle nun für die Forschung zugänglich gemacht haben. Und noch dazu haben sie eine erstklassige Edition vorgelegt. Denn die von der Deutschen Forschungsgemeinschaft zwischen 2014 und 2017 geförderte Edition ist ein Mammutprojekt: In drei Bänden werden auf insgesamt 2.874 Seiten alle 186 Immediatzeitungsberichte von 1867 bis 1914 vollständig veröffentlicht. Die von Albrecht Hoppe erarbeitete Kommentierung der Berichte ist exzellent: Die Kommentare enthalten nicht nur ausführliche Sacherläuterungen, sondern auch detaillierte Hinweise zur aktuellen Literatur und zu den weiterführenden Verwaltungsakten des Regierungsbezirks Potsdam im Brandenburgischen Landeshauptarchiv. Besonders lobenswert ist, dass in den Kommentaren auch aus denjenigen Berichten von Landräten und anderen Amtsträgern zitiert wird, die als Zulieferungen in die Berichte der Regierungspräsidenten eingearbeitet worden sind. Eine solche philologische Akribie ist für eine wissenschaftlich-kritische Edition vorbildlich.

Den Abschluss der Edition bildet ein eigenständiger Registerband, der zudem das umfangreiche Quellen- und Literaturverzeichnis

enthält. Auch dieser von Albrecht Hoppe erarbeitete Registerband setzt Maßstäbe: Das feingliedrige Register enthält neben dem üblichen Personen-, Orts- und Sachregister auch ein Register der Provinzen, Regierungsbezirke und Kreise, ein Register der Landschaften und Gewässernamen und schließlich auch ein Register der in der Edition erwähnten Firmen und Gesetze. Dieser mustergültige Registerband macht die Edition zu einem erstklassigen Nachschlagewerk und wertvollen Impulsgeber nicht nur für diachrone Fragestellungen zur Berlin-Brandenburgischen Regionalgeschichte im langen 19. Jahrhundert, sondern auch für synchrone Spezialstudien zu unterschiedlichsten Themenfeldern. Und daran hängt dann auch der einzige Wermutstropfen dieser Edition: Die Herausgeber gehen an die Grenze dessen, was eine gedruckte Edition zu leisten vermag. Gerade weil die Edition aber auch den Charakter eines Nachschlagewerks hat, drängt sich die Frage auf, ob eine Online-Edition nicht eine sinnvolle Ergänzung oder gar Alternative gewesen wäre. Neben den Vorteilen, die eine Suchmaske gegenüber dem Wälzen von vier dicken Bänden bietet, wäre auch eine Recherche im Volltext der Berichte und eine Auswertung des Datenmaterials für eigene quantitative Studien hilfreich gewesen. Aber was noch nicht ist, kann ja noch werden – dies sollte als Fingerzeig für den Verlag, die Bremer „edition lumière“, genügen.

Einen kleinen Vorgeschmack auf das, was mit der Edition in Zukunft alles an Forschung möglich sein wird, bekommt man bereits in dem Begleitband zur Edition. Der Herausgeber Rudolf Stöber, ein profilierter Kommunikationshistoriker, hat gemeinsam mit Florian Paul Umscheid im Jahr 2018 noch vor der Herausgabe der Edition die Monografie *Politische Interessenkommunikation in der Mo-*

³ Reinhart Koselleck, *Preußen zwischen Reform und Revolution. Allgemeines Landrecht, Verwaltung und soziale Bewegung von 1791 bis 1848*, 3. Aufl., Stuttgart 1981 (1. Aufl. 1967) (Industrielle Welt. Schriftenreihe des Arbeitskreises für Moderne Sozialgeschichte, Band 7), S. 668.

⁴ Dirk Mellies, *Die amtlichen Zeitungsberichte der preussischen Regierungen als Quelle einer Mentalitätsgeschichte der Verwaltung des 19. Jahrhunderts*, in: *Forschungen zur Brandenburgischen und Preussischen Geschichte* 18/1 (2008), S. 1-18.

ernisierung. *Das Beispiel des Regierungsbezirks Potsdam (1867–1914)* veröffentlicht. Und ein Ergebnis sei gleich vorweggenommen: Ausgeforscht sind die Berichte der Regierungspräsidenten mit diesem Band noch lange nicht.

Denn dafür ist die Fragestellung, unter der die beiden Kommunikationswissenschaftler die Berichte untersucht haben, zu speziell. Der Schlüsselbegriff ihrer Analyse steht schon im Titel des Bandes: Sie lesen die Immediatzeitungsberichte als „Interessenkommunikation“, also als „Mittel zur Kommunikation von Interessen im Regierungsbezirk und zwischen Bezirks- und Staatsregierung“ (S. 23). Wie die beiden Autoren in ihrer prägnanten Einleitung erläutern, sei die Rolle des Regierungspräsidenten die eines Vermittlers zwischen den unterschiedlichen Interessen der Staatsregierung einerseits und den ihm unterstellten Kreisen andererseits gewesen. Daraus ergeben sich zwei Leitfragen: „Wie wurde mit den Berichten Politik gemacht? Wie wurden Interessen politisch kommuniziert?“ (S. 24)

Diese beiden Leitfragen untersucht die Studie in den auf die Einleitung folgenden Kapiteln. Im zweiten Kapitel („Grundbedingungen politischer Kommunikation“, S. 35–132) geben die Autoren jedoch zunächst einen Überblick über die Presselandschaft im Regierungsbezirk Potsdam und über die Methoden der staatlichen Pressepolitik. Da aber die Immediatzeitungsberichte selbst in diesem Kapitel kaum thematisiert werden und es daher auch keinen direkten Bezug zur Fragestellung des Bandes gibt, wäre eine Straffung dieses fast 100 Seiten langen Kapitels durchaus sinnvoll gewesen. Im dritten Kapitel („Die Entstehung der Immediatzeitungsberichte“, S. 133–179) stellen die Autoren ihre Hauptquelle vor. Das Kapitel ist in seinen Grundzügen eine gekürzte Fassung der Einführung aus dem ersten Band der Edition von 2020 (siehe oben). Im vierten Kapitel („Struktur und Themen der Immediatzeitungsberichte im Überblick“, S. 181–209) präsentieren die Autoren zahlreiche Statistiken zur Länge der Berichte und zur Schwerpunktsetzung der unterschiedlichen Rubriken und Themen innerhalb der Berichte.

Erst nach mehr als der Hälfte des Buches kommen die Autoren zum eigentlichen

Gegenstand ihrer Fragestellung und damit zu ihrem Hauptteil: der Vermittlung von Interessengegensätzen in den drei Bereichen Wirtschaft (Kapitel 5: „Wirtschaftliche und soziale Interessen und Interessenkonflikte“, S. 211–243), Infrastruktur (Kapitel 6: „Infrastruktur, Kommunikation und Verkehr“, S. 245–293) und öffentliche Meinung (Kapitel 7: „Berichte zu Politik und politischen Interessen“, S. 295–359). Dem aufmerksamen Leser wird nicht entgangen sein, dass die Gliederung des Hauptteils exakt der Gliederung der Immediatzeitungsberichte entspricht: Von den vier Hauptrubriken Wirtschaft, Infrastruktur und öffentliche Meinung wird nur die Rubrik Militärwesen in der Monografie ausgeklammert – eine Begründung für diese Entscheidung liefern die Autoren allerdings nicht. Die Orientierung der Gliederung an der Ordnungslogik der Quelle selbst bringt Vor- und Nachteile mit sich: Ein Vorteil ist sicherlich, dass die gleichbleibenden Rubriken den diachronen Vergleich der Berichte über einen längeren Zeitraum hinweg erleichtern. Ein Nachteil ist jedoch auch – und das ist mein erster Kritikpunkt an der Konzeption des Begleitbandes –, dass übergeordnete Phänomene oder solche, die quer zu dem Schema der Rubriken liegen, durch das Raster der Untersuchung fallen. Das oben angedeutete Themenspektrum, das die Immediatzeitungsberichte ausbreiten, wird auf diese Weise nicht ausgeschöpft.

Diese thematische Engführung der Analyse mag ihre Ursache in der spezifischen Fragestellung haben. Der Begriff „Interessenkommunikation“ zielt ja auf die bewusste Vermittlung von wirtschaftlichen und politischen Interessen ab und blendet dabei unbewusste Wahrnehmungsweisen und Weltanschauungen aus. Gerade weil die Autoren ganz offensichtlich Reinhart Kosellecks Interpretationen der Immediatzeitungsberichte rezipiert haben (S. 22), ist es bedauerlich, dass sie nicht auch seine offenere Fragestellung und seine theoretischen Überlegungen zur Zeitlichkeit der Geschichte in ihre Fragestellung aufgenommen haben. Das Zusammenspiel von „Erfahrungsraum“ und „Erwartungshorizont“⁵ ist

⁵Reinhart Koselleck, „Erfahrungsraum“ und „Erwartungshorizont“ – zwei historische Kategorien, in: ders. (Hrsg.), *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschicht-*

ja gerade das Charakteristische der Immediatzeitungsberichte: Einerseits wollen die Regierungspräsidenten im Rückblick auf das vergangene Quartal eine Bilanz ziehen, andererseits versuchen sie gleichzeitig, darauf aufbauende Prognosen und Handlungsempfehlungen für die Zukunft zu geben. Ein Beispiel für ein solches Zusammenspiel von Erfahrungsraum und Erwartungshorizont ist der Bericht des Regierungspräsidenten Friedrich Freiherr von Falkenhausen vom 7. Mai 1914. In diesem schätzt er den Einfluss der Sozialdemokraten im Regierungsbezirk Potsdam folgendermaßen ein: „Es kann indes kein Zweifel bestehen, daß die Partei trotz der ungünstigen wirtschaftlichen Konjunktur [...] nicht unbeträchtliche Erfolge erzielt, an vielen Orten ihren Mitgliederstand und die Zahl der Abonnenten ihrer Zeitungen erhöht hat. Überhaupt findet die in der Öffentlichkeit vielfach vertretene Auffassung, daß die sozialdemokratische Bewegung seit den letzten Reichstagswahlen im Rückgange begriffen sei, in den hiesigen Erfahrungen keine Bestätigung.“ (Band 3, S. 2.873) Solche pessimistischen Zukunftserwartungen, die wie in diesem Fall häufig im Gegensatz zur optimistischeren öffentlichen Meinung stehen, durchziehen viele Berichte und geben aufschlussreiche Einblicke in die Krisenwahrnehmungen der konservativen Verwaltungsbeamten im Kaiserreich.

Nun mag man gegen diesen Kritikpunkt einwenden, dass solche Fragen, die stärker auf die Wahrnehmungsweisen und Weltanschauungen der politischen Akteure abzielen, nun einmal nicht Gegenstand der vorliegenden Untersuchung sind. Aber auch die erste Leitfrage der Untersuchung („Wie wurde mit den Berichten Politik gemacht?“) kann nur dann wirklich beantwortet werden, wenn die politischen Akteure in der Interpretation ein eigenes Gewicht bekommen. Die Autoren – und damit komme ich zu meinem zweiten Kritikpunkt an der Konzeption des Bandes – bevorzugen in ihrer Studie jedoch einen textimmanenten Interpretationsansatz. Dieser textimmanente Ansatz wirkt in einer kommunikationswissenschaftlichen Studie überraschend. Um es mit Karl Bühlers berühmtem Kommunikationsmodell zu formulieren: Wir erfahren viel über die „Gegenstände und

Sachverhalte“ der Berichte, aber wenig über ihre „Sender“ und „Empfänger“. Gewiss: Im dritten Kapitel werden die Sender – die sieben Regierungspräsidenten des Bezirks Potsdam von 1867 bis 1914 – einmal kurz vorgestellt (S. 137–142). Und auch die Empfänger – der Monarch, die Staatsregierung und die Oberpräsidenten – werden in diesem Kapitel benannt (S. 142–154). Aber in die Interpretation der Berichte im Hauptteil selbst fließen die Wechselwirkungen zwischen den Regierungspräsidenten und der Staatsregierung nicht ein. Das mag auch daran liegen, dass für die politischen Akteure jenseits der Berichte und der dazugehörigen Verwaltungsakten keine Nachlässe und veröffentlichte Selbstzeugnisse herangezogen werden. Das Profil der Persönlichkeiten, welche die Berichte verfasst und gelesen haben, bleibt daher genauso unscharf wie die politischen Maßnahmen, die aus der Lektüre der Berichte folgten. Ohne diese Kontexte kann die erste Leitfrage, wie mit den Berichten Politik gemacht wurde, aber nicht abschließend beantwortet werden.

Und damit komme ich zu meinem dritten und letzten Kritikpunkt an der Konzeption des Begleitbandes. Um die zweite Leitfrage („Wie wurden Interessen politisch kommuniziert?“) zu beantworten, greifen die Autoren auf eine Mischung aus quantitativ-empirischen und qualitativ-hermeneutischen Methoden zurück. Das Mischverhältnis zwischen der quantitativen und qualitativen Analyse ist jedoch sehr unausgewogen. Das zeigt sich vor allem im siebten Kapitel („Berichte zu Politik und politischen Interessen“, S. 295–359): Von den 64 Seiten dieses Kapitels widmen sich 54 Seiten der quantitativen Analyse. Mithilfe von umfangreichen deskriptiven Statistiken und sehr stark ausdifferenzierten Codebüchern zählen die Autoren aus, in welchem Umfang und in welcher Häufigkeit die Regierungspräsidenten über Wahlen, Parteien, Versammlungen oder bestimmte Regionen berichtet haben. So eindrucksvoll die zahlreichen Diagramme und Tabellen auch sind, so notwendig bleibt doch die Ergänzung dieser Statistiken durch die qualitativ-hermeneutische Methode. Diese wird im siebten Kapitel jedoch nur in einem kurzen Teil-

licher Zeiten, Frankfurt am Main 1979, S. 349–375, hier S. 350.

kapitel (S. 304–314) angewandt – und noch dazu nur zum Spezialfall der politischen Berichterstattung über die Reichstagswahlen. Dieses Teilkapitel besteht aus einer Summe von punktuellen Einzelbeobachtungen zur Berichterstattung über ausgewählte Wahljahre. Während die Reichstagswahlen der Jahre 1867 (S. 304–308) und 1881 (S. 308–312) ausführliche Behandlung finden, werden die Wahljahre 1884 (S. 312) und 1890 (S. 313) nur kurz gestreift, bis das Kapitel schließlich mit einer knappen Bemerkung zum Wahljahr 1898 abrupt abbricht (S. 314). Aus einer solchen sprunghaften und unsystematischen Darstellungsweise ergibt sich weder eine Synthese, die auf die in der Einleitung aufgeworfene Leitfrage antwortet, noch folgen daraus Erkenntnisse, die über den bisherigen Forschungsstand hinausgehen. Das liegt auch daran, dass die umfangreiche Forschungsliteratur zur Wahlkultur im Kaiserreich nur oberflächlich⁶ oder gar nicht⁷ herangezogen wird.

Diese drei Kritikpunkte an der Konzeption des Bandes – die thematische Engführung, der streng textimmanente Interpretationsansatz und die Vernachlässigung der qualitativen hermeneutischen Analyse – schwächen die Relevanz des ansonsten handwerklich souverän ausgearbeiteten Begleitbandes bedauerlicherweise ab. Das ändert aber nichts an dem enormen Potenzial der vierbändigen Edition, das auch von weiteren Studien noch längst nicht ausgeschöpft werden dürfte. Um noch einmal vom langen 19. Jahrhundert im Bild der Eisenbahn zu sprechen: Albrecht Hoppe, Klaus Neitmann und Rudolf Stöber haben der alten Dampflokomotive tüchtig eingeeizt und wir dürfen gespannt sein, wie die Forschung in den kommenden Jahren auf den fahrenden Zug aufspringt.

HistLit 2020-4-177 / Lennart Bohnenkamp über Stöber, Rudolf; Umscheid, Florian Paul: *Politische Interessenkommunikation in der Modernisierung. Das Beispiel des Regierungsbezirks Potsdam (1867–1914)*. Bremen 2018, in: H-Soz-Kult 05.11.2020.

HistLit 2020-4-177 / Lennart Bohnenkamp über Hoppe, Albrecht; Neitmann, Klaus; Stöber, Rudolf (Hrsg.): *Die Immediatzeitungsberichte der Potsdamer Regierungspräsidenten 1867–1914. Eine kommentierte Edition in 4 Bänden. Band 1: 1867–1884*. Bremen 2020, in: H-Soz-Kult 05.11.2020.

HistLit 2020-4-177 / Lennart Bohnenkamp über Hoppe, Albrecht; Neitmann, Klaus; Stöber, Rudolf (Hrsg.): *Die Immediatzeitungsberichte der Potsdamer Regierungspräsidenten 1867–1914. Eine kommentierte Edition in 4 Bänden. Band 2: 1885–1899*. Bremen 2020, in: H-Soz-Kult 05.11.2020.

HistLit 2020-4-177 / Lennart Bohnenkamp über Hoppe, Albrecht; Neitmann, Klaus; Stöber, Rudolf (Hrsg.): *Die Immediatzeitungsberichte der Potsdamer Regierungspräsidenten 1867–1914. Eine kommentierte Edition in 4 Bänden. Band 3: 1900–1914*. Bremen 2020, in: H-Soz-Kult 05.11.2020.

HistLit 2020-4-177 / Lennart Bohnenkamp über Hoppe, Albrecht; Neitmann, Klaus; Stöber, Rudolf (Hrsg.): *Die Immediatzeitungsberichte der Potsdamer Regierungspräsidenten 1867–1914. Eine kommentierte Edition in 4 Bänden. Band 4: Registerband*. Bremen 2020, in: H-Soz-Kult 05.11.2020.

⁶Margaret L. Anderson, *Lehrjahre der Demokratie. Wahlen und politische Kultur im Deutschen Kaiserreich*. Aus dem Englischen von Sibylle Hirschfeld, Stuttgart 2009 (Beiträge zur Kommunikationsgeschichte, Band 22).

⁷Thomas Kühne, *Dreiklassenwahlrecht und Wahlkultur in Preußen 1867–1914. Landtagswahlen zwischen korporativer Tradition und politischem Massenmarkt*, Düsseldorf 1994 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Band 99); Andreas Biefang, *Die andere Seite der Macht. Reichstag und Öffentlichkeit im „System Bismarck“ 1871–1890*, Düsseldorf 2009 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Band 156).